

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) – Teilbereich Wirtschaft und Mittelstand
(Plenarsitzung vom 03.12.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Priggen. – Nun hat Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welche Erfolge sind das denn, die Sie hier proklamieren? Kurzarbeitergeld, Niedriglöhne, prekäre und geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit – das ist Ihre Bilanz. Man kann keinesfalls mehr davon reden, dass Sie hier mehr und neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Sie sind die Krise. Wenn ich höre, was Sie hier von sich geben, dann kriege ich die Krise.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz? Eigentlich müsste es das Sozialabbaubeschleunigungsgesetz heißen, was Sie in Berlin veranstalten.

(Christian Weisbrich [CDU]: Warum?)

– Warum? Weil das, was Sie hier an Politik machen, genau dazu führt, dass in Nordrhein-Westfalen immer mehr Sozialabbau erfolgt. Die treibende Kraft ist diese Heuschrecken-Partei FDP an Ihrer Seite, die Sie vor sich her treibt. Sie machen da immer wieder mit. Von wegen christliches Weltbild, Herr Weisbrich, gucken Sie sich das einmal genauer an!

NRW ist im Länderfinanzausgleich weiter zurückgefallen. Auch daran sieht man, wie Ihre Bilanz hier in Nordrhein-Westfalen aussieht. NRW braucht endlich einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung des öffentlichen und privaten Binnenmarktes, Wirtschaftsdemokratisierung und sozialökologische Erneuerung statt Massenentlassungen, Lohnverzicht und Marktbereinigung auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt. Das ist Ihre Politik hier in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft muss endlich wieder für die Menschen statt für die Profite weniger Aktionäre da sein. Wir brauchen endlich einen Mindestlohn von 10 € in den Unternehmen, damit die Menschen wieder mehr in der Kasse haben und auch wieder mehr Geld ausgeben können – das ist tatsächlich etwas, was für den privaten Sektor gut ist und den Binnenmarkt ankurbelt –, statt der Millionenabzocke, die wir hier bei den Vorständen der Banken erleben.

Die Sozialbindung des Eigentums muss endlich wiederhergestellt werden. Mit einem Konjunkturprogramm und einem demokratisch kontrollierten Zukunftsfonds für den industriellen Umbau können Hunderttausende von Arbeitsplätzen in NRW mit guter statt prekärer Arbeit gesichert oder neu geschaffen werden. Davon ist in Ihrem Wirtschaftskonzept überhaupt nichts zu

erkennen. Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und erneuerbare Energien müssen ausgeweitet werden. Die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in Höhe von 140 Milliarden € zeigen aber die Abhängigkeit des Bundeshaushalts und des Landeshaushalts von der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist etwas, was Sie immer noch nicht verstanden haben.

Wenn ich heute in der Zeitung über Frau Kraft lese, dass sie im Falle unserer Landesvorsitzenden von einer Einzelmeinung spricht, dann kann ich ihr nur sagen: Dann schauen Sie sich doch einmal die Kernforderungen an, die wir als Linke aufgestellt haben. Vielleicht gibt es eine Perspektive, in Nordrhein-Westfalen einen Politikwechsel einzuleiten, zumindest in einzelnen Punkten. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, wie man in Nordrhein-Westfalen wieder mehr soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit schaffen kann. Diese Landesregierung wird es mit Sicherheit nicht machen.

Dazu darf der Staat auch nicht gemäß neoliberaler Diktion zu einem Anhängsel der Wirtschaft verkümmern, sondern er hat die Wirtschaft auszusteuern und zu kontrollieren – das ist das, was die Linke schon seit Jahren vorschlägt –, sonst besteht die Gefahr, dass im Markt- und Wettbewerbsgeschehen noch weitere wirtschaftliche Machtgebilde entstehen.

Wenn ich mir anschau, was im Ruhrgebiet passiert – Stichwort Steinkohleausstieg –: Ja, okay, wir sind auch dafür, dass man perspektivisch aus der Steinkohleförderung aussteigt. Aber ich kann überhaupt nicht erkennen, wo Sie umsteuern. Herr Rüttgers und seine Landesregierung – Herr Rüttgers, hören Sie einmal zu – haben auf Bundesmittel in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro verzichtet, weil Sie ein Jahr schneller aussteigen wollten. Das ist die Realität. Diese Mittel gehen für das Ruhrgebiet verloren. Der Strukturwandel, der im Ruhrgebiet, vor allem aber im nördlichen Ruhrgebiet dringend notwendig ist, passiert eben nicht.

Ein demokratisches Wirtschaftskonzept verlangt zudem, dass zukünftige staatliche Subventionen an die Wirtschaft nur dann zu gewährleisten sind, wenn diese Subventionen zu einer staatlichen Beteiligung an den privatwirtschaftlichen Unternehmen führen. Aber vor allem muss das Geld, das reingesteckt wird, wieder zurückgezahlt werden. Ich kann bei Ihnen überhaupt nicht erkennen, dass das tatsächlich passiert. Außerdem brauchen wir erweiterte Mitbestimmungsrechte der Belegschaften; die paritätische Mitbestimmung und die Mitbestimmungsbefugnisse sollen zum Beispiel auf Standortverlagerung, Verkauf und andere unternehmensrelevante Bereiche ausgeweitet werden; die Aufsichtsratsvertreter sind auf volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Ziele zu verpflichten. Auch alles das kann ich in Ihrer Politik nicht erkennen.

Umstellung der Produktion auf Ressourcen und Energieeffizienz, sozialökologische Erneuerung, Qualitätsprodukte und Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe – auch alles das machen Sie nicht. Kleinere und mittlere Unternehmen spielen natürlich eine wichtige Rolle dabei. Dafür sind auch wir. Gerade zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung ist Dezentralisierung angesagt.

Dazu kann ich bei Ihnen aber auch nichts erkennen. Sie setzen weiterhin auf die großen Monopolstrukturen und auf die Preisdiktate der Energiekonzerne. Auch das ist eine Politik, die nicht zukunftsweisend und im Sinne der Beschäftigten und der Menschen in Nordrhein-Westfalen sein kann.

Wir setzen deswegen auf ein Zukunftsinvestitionsprogramm für NRW, das die Menschen vor Massenentlassungen schützt und überfällige sozialökologische Erneuerungen ermöglicht. Ziel dieses Programms ist es, die Defizite in den Bereichen Bildung, Erziehung, Pflege, ÖPNV, Wohnungsbau und Gesundheitsbereich zu überwinden und den ökologischen Umbau durch Investitionen in regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung voranzutreiben. Das sind Maßnahmen, die das Land voranbringen müssen.

Dafür müssten Sie auch in Berlin kämpfen, Herr Rüttgers, und nicht nur dafür sorgen, dass Sie irgendwie und möglichst ohne Schaden über die Landtagswahl am 9. Mai kommen. Das ist Ihre einzige Strategie. Sie bereiten hier schon den Wahlbetrug vor. Das ist Ihre Politik, die Sie machen. Alles ist nur darauf ausgerichtet, über den 9. Mai zu kommen. Die wirklich grausamen Maßnahmen werden erst danach kommen. Das ist Ihre Politik. Ihre Wirtschaftspolitik geht völlig in die falsche Richtung.

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, nun spricht Frau Ministerin Thoben für die Landesregierung.